



MARTIN JANSSEN

Marktwirtschaft Schweiz

Gemäss Bundesverfassung gilt in der Schweiz eine freiheitliche Marktordnung mit Eigentumsgarantie, Wirtschaftsfreiheit und Wettbewerb. Eine solche Ordnung ist in der Produktion und der Verteilung von Gütern darum so effizient, weil die Preise der Güter und Produktionsfaktoren flexibel sind und den Konsumenten und Unternehmern signalisieren, was zu kaufen und zu produzieren sich lohnt. Bei steigenden Preisen dringen Unternehmer in diese Märkte ein, um Gewinne zu erzielen, und Konsumenten wenden sich Substituten zu, die billiger sind. Eine sich abzeichnende Knappheit wird so auf der Angebots- und der Nachfrageseite rasch gedämpft. Das geschieht in einem vernetzten System, wo Preisverhältnisse die Knappheit aller Güter und Produktionsfaktoren widerspiegeln und das Verhalten der Menschen steuern. Es ist dieser Mechanismus, der für den Wohlstand der westlichen Welt

«Arbeitslosigkeit und leere Büros wären das Resultat»

verantwortlich ist. Wichtig ist, dass unternehmerisches Handeln in einem verlässlichen Rechtsrahmen stattfinden kann und dass die Unternehmer die Konsequenzen ihres Handelns allein tragen.

Es braucht wenig, um ein solches System aus dem Tritt zu bringen. Fixiert der Staat durch Gesetz oder mithilfe der Zentralbank die wichtigsten Preise, d. h. Zins, Wechselkurs und Lohn, kann eine Volkswirtschaft innerhalb weniger Jahre auf einen instabilen Pfad geraten. Arbeitslosigkeit, unproduktive Firmen, ein Niedergang der Infrastruktur und leer stehende Bürohäuser wären das Resultat. In der Schweiz beeinflusst die Schweizerische Nationalbank seit längerem zwei der drei wichtigsten Preise, den Zins und den Wechselkurs. Das bleibt nicht ohne Konsequenzen bei den längerfristigen Investitionsgütern und bei der Anpassung der Produktionsstrukturen in der Exportwirtschaft. Sollte das Volk nun auch noch der Mindestlohn-Initiative zustimmen, wäre das eine ganz schlechte Nachricht für die Schweiz. Die Konsequenzen, die wir in der mittleren Frist erwarten müssten, sind aus Literatur und Praxis bekannt: höhere Arbeitslosenquoten und tiefere Wachstumsraten. Eigentlich reicht es, wenn die EU uns zeigt, wie man es nicht machen sollte; selber machen müssen wir die Fehler nicht.

Martin Janssen ist Professor an der Universität Zürich